

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg - Drucksache 17/521

Der Landtag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Drucksache 17/521 - wie folgt zu ändern:

Artikel 1 § 8 a, b und e werden aufgehoben.

15.09.2021

Dr. Rülke, Bonath, Karrais, Hoher und Fraktion

Begründung

Die FDP/DVP-Fraktion setzt auf die Eigenverantwortung der Hauseigentümer und Unternehmer im Land. Es soll diesen überlassen werden, mit welcher Technologie sie die Klimaneutralität ihrer Immobilien erreichen wollen. Dirigistische Maßnahmen wie die Photovoltaikpflicht verteuern das Bauen und Wohnen und werden damit die Akzeptanz der Bürger für die Energiewende gefährden. Die Investition in eine Photovoltaikanlage auf Wohngebäuden lohnt bei einer Vollkostenrechnung über 20 Jahre nur bei selbstnutzenden Eigentümern, das heißt bei Einfamilienhäusern. Selbst Vertreter der Solarwirtschaft betrachten die Baupflicht skeptisch. Die FDP/DVP-Fraktion ist zudem der Auffassung, dass die Photovoltaikpflicht zu einem Sanierungsstau führen wird. Da die vorgesehene Pflicht an die Sanierung der Dachfläche geknüpft ist, gehen wir davon aus, dass die Sanierungsrate in diesem Bereich sinken wird, da viele Gebäudebesitzer die zusätzlichen Kosten scheuen werden. Die FDP/DVP-Fraktion gibt zudem zu bedenken, dass die Verpflichtung zur Photovoltaikanlage für Neubauten und Sanierungen nicht automatisch bedeutet, dass die Anlagen auch effektiv geplant und gebaut werden. Anlagen werden mit großer Wahrscheinlichkeit nur so geplant, dass sie den Mindestanforderungen entsprechen. So gehen unter Umständen wertvolle Flächen verloren, die ohne Pflicht vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt, dafür aber effektiver mit Photovoltaikanlagen ausgebaut würden. Es macht zudem keinen Sinn, einen Energieträger mit hohem Tempo und Subventionen auszubauen, wenn der produzierte Strom nicht genutzt werden kann, weil es keine Leitungen zum Stromtransport und keine Speicher gibt. Die dezentrale Energieversorgung muss sicher und bezahlbar bleiben. Das gelingt aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion nur mit Technologieoffenheit und einem Energiemix sowie einer marktwirtschaftlichen Wende in der Energiepolitik. Deshalb lehnen wir die Photovoltaikpflicht ab und beantragen die Aufhebung des § 8 a, b und e.